

Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

N^o 19.

Mittwoch den 23. Januar.

Das

Abonnement
beträgt vierjährig für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespannte
Zeile.

1850.

Inhalt.

Posen Aufsatz.
Deutschland. Posen (Musterung d. Volks. Zigen); Berlin (Er-
richt. einer höheren Lehranst.; d. Ministerkrisis; Wacht d. Kreuzzit.-Par-
tei; Monum. d. verst. Königs; neue Dramen; Braunschweig (Aufführ.
d. Nobespiere).
Österreich. Wien (Neue Gesetze).
Frankreich. Paris (Beschlagnahme d. Presse; griech.-slav. Kirche;
d. Präf. als Redakt. d. Kapit.; Rede Victor Hugo's).
England. London (Anleihe d. Russ. Regier.).
Türkei (Berlitz. e. Pasha.)
II. K. 87. S. v. 21sten.
Locales. Posen; Bromberg; Inowraclaw.
Finis Poloniae.
Chronik Posens.
Personal-Chronik. Posen.
Anzeigen.

Auftruf.

Posen, den 22. Januar. Der außergewöhnlich harte
Winter macht es dringend nothwendig, daß dem ärmeren
Theil unserer Mitbürger Holz- und Suppen-Unterstützungen
in reichlichem Maße gewährt werden. Wir halten es für
Pflicht, alle wohlhabenden Einwohner zu mildthätigen Beisteuern
in ihrem eigenen Interesse sowohl, als in dem der Menschlichkeit,
aufzufordern, und hoffen, daß sich unverzüglich ein Comitee uneigen-
mütiger, menschenfreundlicher Bürger bilden werde, um Bei-
träge in Empfang zu nehmen und sachgemäß zu verwenden. Sobald
ein solches zusammengetreten sein wird, werden wir in diesen Blättern
das Nähere zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Unsere Expedition würde gern bereit sein, Geld bei-
träge für einen sich bildenden Unterstützungsverein in
Empfang zu nehmen.

Berlin, den 20. Januar. Die Feier des Krönungs- und Or-
densfestes wurde auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs
heute begangen. Zu diesem Feste versammelten sich Vormittags auf
dem Königlichen Schlosse die in der Residenz anwesenden, seit dem 18.
Januar v. J. ernannten Ordens-Ritter und Inhaber von Orden und
Ehrenzeichen, so wie diejenigen, denen Seine Majestät der König aus
Veranlassung der diesjährigen Krönungs- und Ordensfeier Orden und
Ehrenzeichen zu verleihen geruht hatten. Die Letzteren empfingen von
der General-Ordens-Kommission im Allerhöchsten Auftrage die für sie
bestimmten Decorationen und wurden darauf von derselben mit den
zunächst erwähnten Ordens-Rittern und Inhabern von Orden und
Ehrenzeichen in den Rittersaal geführt. Der Wirkliche Geheime Rath
von Massow, Mitglied der gedachten Kommission, verlas hier in
Gegenwart Ihrer Königlichen Hoheiten der Königlichen Prinzen, so
wie der dazu besonders eingeladenen Ritter, die von Sr. Majestät
vollzogene Liste der neuen Verleihungen.

Zu der religiösen Feier des Festes begaben sich hierauf Seine
Majestät der König, Ihre Majestät die Königin, Ihre Königlichen
Hoheiten die Königlichen Prinzen und Prinzessinnen, so wie auch die
hier anwesenden hohen Fürstlichen Personen, die Ritter des Schwarzen
Adler-Ordens, die Ritter des Roten Adler-Ordens erster Klasse
und die von der General-Ordens-Kommission geführten neuen Ritter
und Inhaber von Orden und Ehrenzeichen nach der Schloßkapelle,
wo der Ober-Hof- und Dom-Prediger Dr. Chrenberg, unter Aufsicht
zweier Hof- und Dom-Prediger, die Liturgie und die der Feier des
Tages gewidmete Predigt hielt. Nach dem Schluß derselben und
nachdem der Segen gesprochen war, wurde das Liedum angestimmt.

Seine Majestät der König und Ihre Majestät die Königin, um-
geben von den Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses und
den Hofstaaten, verfügten sich demnächst in den Rittersaal, wo Aller-
höchstenselben von dem General-Lieutenant von Selajinsky, als
vorsitzendem Mitgliede der General-Ordens-Kommission, die seit dem
vorjährigen und zu dem diesjährigen Ordensfeste ernannten Ordens-
Ritter und Inhaber von Orden und Ehrenzeichen vorgestellt wurden.
Seine Majestät der König geruhten, den ehrfurchtsvollen Dank der-
selben huldvollst entgegenzunehmen. Die Allerhöchsten und Höchsten
Herrschäften, denen die Versammlung der Eingeledenen folgte, bezogen
sich hierauf zur Königlichen Tafel, welche in der Bilder-Gallerie,
deren Nebenkammern und im weißen Saal angeordnet war. Nach
Aufhebung derselben begaben Se. Majestät der König, Ihre Majes-
tät die Königin, und Ihre Königlichen Hoheiten die Prinzen und
Prinzessinnen des Königlichen Hauses sich mit den Anwesenden in
den Rittersaal, wo die Versammlung demnächst von Sr. Majestät
huldvoll entlassen wurde. Allgemein sprachen sich die innigsten Wün-
sche für das Wohl Sr. Majestät des Königs, Ihrer Majestät der
Königin und des ganzen Königlichen Hauses aus.

Es haben erhalten:

I. Den Schwarzen Adler-Orden:
Graf zu Dohna, Gen.-Lieut. u. Command. Gen. des 1. Armeecorps; v. Sethe, Wirkl. Geh. Rath in Berlin; v. Wegener, Kanzler des Königreichs Preußen zu Königsberg in Preußen.

II. Den Roten Adler-Orden erster Klasse:
Freiherr v. Diepenbrock, Fürstbischof von Breslau; Adolph, Erbprinz von der Lippe-Schaumburg-Bückeburg.

III. Den Stern zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse
(mit Eichenlaub):

v. Dunker, Gen.-Lieut. u. Command. d. 16. Div.; Gneisenau, Gen.-Major a. D., Wirkl. Geh. Kriegsrath im Kriegs-Ministerium; v. Voß, Gen.-Lieut. u. Command. der 8. Div.; Gr. v. Waldersee, Gen.-Lieut. u. Command. der Garde-Kavallerie.

(ohne Eichenlaub):

Graf v. Burghaus, Gen.-Landschafts-Dir. und Kammerherr
auf Laasen, zu Breslau.

IV. Den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub:

Dr. v. Bohlen, Geh. Justizrath und Konsistorial-Präsident zu
Greifswald; Borch, Geh. Legations-Rath in Berlin; v. Borcke, Oberst u. Command. der 10. Kavallerie-Brigade; Cossenoble, Geh. Ober-Finanzrath u. vortr. Rath im Staats-Ministerium; Foss, Wirkl. Geh. Kriegsrath u. Milit.-Intendant des 2. Armee-Corps; From, Gen.-Major u. Inspekteur der 2. Ingen.-Inspektion; Keller, Geh. Ober-Reg.-Rath im Ministerium der geistl. ic. Angelegenheiten; Dr. Möller, Gen.-Superintendent der Provinz Sachsen und erster Dom-
Prediger in Magdeburg; Graf v. Monts, Oberst u. Command. der 11. Landw.-Brig.; v. Oeynhausen, Bergauptmann in Brieg; v. Pachelbel-Gehag, Ober-Förstmeister und Hof-Jägermeister in
Potsdam; Pfeil, Ober-Förstrath u. Dir. der höh. Först-Lehranstalt zu
Neustadt-Eberswalde; v. Pommern-Gsche, Gen.-Dir. der Steuern; Dr. Ranke, Prof. an der Universität zu Berlin und Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

V. Den Roten Adler-Orden dritter Klasse (mit der Schleife): 43 Personen; (ohne die Schleife): 6 Personen.

VI. Den Roten Adler-Orden vierter Klasse: 247 Personen, darunter aus der Prov. Posen: Born, Geh. Justiz- u. Appellationsger.-Rath in Posen; Bothe, Sec.-Lieut. vom 8. Inf.-Regiment (Leib-Inf.-Regt.); v. Gorszkowski, Sec.-Lieut. im 8. Inf.-Regt. (Leib-Inf.-Regt.); Grüttner, Intendantur-Rath bei der Militair-Intendantur des 5. Armee-Corps; Günther, Kr.-Steuer-Einnehmer in Köthen; Herrmann, Amts-Rath zu Wirsitz; Herzberg, Sec.-Lieut. im 1. Bat. (Posen) 18. Landw.-Regts.; v. Kalinowski, Rittergutsb. zu Piscin, Kr. Bromberg; v. Kising, Dir. des Appellationsgerichts in Bromberg; Meißner, Landstallmeister u. Vorsteher des Posenschen Landgestüts zu Bircle; Schulze, Superintendent in Chodziesen; Sturmhofel, Major a. D. und Kr.-Steuer-Einn. in Bromberg; Treplin, Rendant der Institute- u. Kommunal-Kasse in Posen; Wenzel, Rechn.-Rath u. Regier.-Secr. in Bromberg; Wulff, Mühl-Baumeister und Vorsteher der Seehandlungs-Mühlen in Bromberg; Wychnantki, Kanzlei-Rath u. Appellationsgerichts-Sekretär in Posen.

VII. Den St. Johanniter-Orden: 13 Personen.

VIII. Das Allgemeine Ehrenzeichen: 152 Personen, darunter aus der Prov. Posen: Behr, Stadtverordn. u. Gasthofsb. in Posen; Böhme, Kreisrath beim Kreisgericht zu Marggrabowa; Bogen, Förster zu Spiegel, Reg.-Bez. Posen; Edeler, Musketier im 8. Inf.-Regt. (Leib-Inf.-Regt.); Gender, beritt. Gendarm in der 5. Gend.-Brig. zu Dornit; Gols, Schullehrer in Tollstein, Kr. Czarnikau; Hampel, Salzwärter in Kempen, Reg.-Bez. Posen; Hoppe, Feldwebel im 8. Leib-Inf.-Regt.; Kastner, Unterarzt beim 5. Inf.-Regt.; Kenne, Kanzlei-Gehilfe in Bromberg; Krüger, Reg.-Bote in Bromberg; Lange, Steuer-Auss. in Ostrowo, Reg.-Bez. Posen; Lemke, Schullehrer in Chrabendorf, Kr. Czarnikau; Messer, Unteroffizier im 8. Leib-Inf.-Regt.; Poppe, Tischlermeister in Posen; Schmidt Schullehrer in Ostrowo, Prov. Posen; Seidemann, Kaufmann u. Seifenbader in Posen; Wyrwalla, bauerlicher Wirth zu Niedziadki, Kr. Kröben.

Se. Durchlaucht der Fürst Alexander zu Sayn-Wittgen-
stein-Hohenstein ist von Braunschweig hier angekommen.

Berlin, den 22. Jan. Se. Majestät der König haben Aller-
gnädigst geruht: Dem Vorsitzenden der Direktion der Ostbahn, Land-
rath Wernich, den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu
verleihen.

Der Königliche Hof legt morgen, am 22ten d. M., für Se. König-
liche Hoheit den Erzherzog Ferdinand Carl Victor von
Österreich Est. die Trauer auf acht Tage an.

Berlin, den 21. Januar 1850.

Der Vice-Ober-Ceremonienmeister: Freiherr von Stillfried.

Deutschland.

Posen. — Wir wollen nicht unterlassen, unsere geehrten Leser
darauß aufmerksam zu machen, daß wir von heute ab möglichst
ein- oder zweimal, nach Maßgabe des vorhandenen Stoffs,
eine Musterung polnischer Zeitungen bringen werden,
worin das Wichtigste der gangbarsten polnischen Blätter im gedrängten
Auszuge enthalten sein wird. Wir versprechen uns, daß diese
Einrichtung als eine zweckmäßige Verbesserung der Zeitung, sowohl
vom lesenden Publikum als auch von den auswärtigen Zeitungsredac-
tionen angesehen werden wird, welchen leichteren noch der Vortheil dar-
aus erwachsen dürfte, in Betreff der von ihnen zu gebenden polnischen
Zeitungsnachrichten der Sorge einer vorherigen Übersetzung derselben
enthoben zu sein.

Musterung polnischer Zeitungen.

Die Gazeta polska berichtet über die Gründung der Schwur-
gerichtssitzungen zu Ostrowo, den 14. Januar, wie folgt: Der Ap-
pellations-Gerichtsrath Kuznec eröffnet als Präsident die Sitzung mit
einer Anrede in deutscher Sprache an die Versammlungen. Er be-
trachtet es als eine hohe Ehre, wiederholt zum Vorsitzenden des Schwur-
gerichts berufen zu sein, obgleich die in den letzten Schwurgerichten im
Oktober gefällten Urtheile von der öffentlichen Meinung, und ins-
sondere von den Zeitungen für ungerecht, und in politischen Angelegen-
heiten für übermäßig streng gehalten worden sind. Auch jetzt liegt
wieder eine bedeutende Anzahl politischer Prozeße den Geschworenen
vor, deren größerer Theil aus dem Jahre 1848 herrührt. Der Red-
ner zeichnet ein treues, unparteiisches Bild dieser Vorgänge in unserem
Lande, indem er darauf aufmerksam macht, daß man in Zeiten so
entfesselter Leidenschaften, wie die des deutwürdigen Frühjahrs 1848
waren, alle geringeren Vergehen, als da sind das Tragen von Kopf-
schädeln und langer Roben mit, gegen die Meisten

den, das Aushängen von Fahnen und Ähnlichem, Niemandem als
Schuld anrechnen darf. Eben so wenig könne man die in unsrer
Provinz anfänglich gegen Russland gerichtete Bewaffnung und den
Widerstand gegen die bewaffnete Macht für ein Verbrechen erachten.
Es sei daher gewiß, daß die Geschworenen ohne Rücksicht auf die Meinungen der Zeitungen gewissenhaft urtheilen werden. — In polni-
scher Sprache fahrt er also fort:

Den Polen danke ich dafür, daß sie mich in öffentlichen Blättern
einen ehrenwerten Mann genannt haben, ich schäfe ihr Vertrauen
hoch, und erkläre, daß ich so verfahren werde, um es mir auch fer-
nerhin zu erwerben, und sollte ich das nicht vermögen, so würde ge-
wiss mein Verfahren derartig sein, daß sie mir ihre Achtung nicht ver-
sagen können.

Nach dem Präsidenten nahm der Staats-Anwalt, hr. Herzberg,
das Wort. Ihm, als Staats-Anwalt, erschien der Ausfall der vor-
jährigen Schwurgerichtssitzungen nicht nur befriedigend, sondern sogar glänzend, und daher möchte er sich bemühen, zwischen
jenen und den jetzt beginnenden ein Bindeglied zu erhalten. In den
vergangenen Schwurgerichtssitzungen ist von 12 politischen Prozessen
in 8 das „Schuldig“ ausgesprochen worden, in 4 sind die Angeklagten
als nicht schuldig erklärt. Von diesen Prozessen kommen 8 auf die
Vorgänge des Jahres 1848, und von diesen ist in 6 Fällen das Schul-
dig und in 2 Fällen das Nichtschuldig ausgesprochen worden. Die
vorsährige Sitzung des Schwurgerichts in Ostrowo, so befriedigend,
so glänzend, habe bewiesen, daß das Volk der Märzerrungenshäfen
des Jahres 1848 würdig ist, daß es sie mit Recht schätzt, daß es reif
ist für den Gebrauch dieser Freiheiten. Als Beweis führt er an, daß
das Gericht die Urtheile der Geschworenen als gerecht anerkannt hat,
denn nur 2 Prozesse hätten die Gerichte nach dem alten Verfahren an-
ders aburteiln können.

Die Gazeta polska vom 20. Januar sagt: Damit der Erfurter Reichstag nicht zu der Annahme komme, als sei das nur durch
Deutsche repräsentirte Großherzogthum Posen de jure und de facto
ein deutsches Land, so hat die Haupt-Direktion der Liga polska be-
schlossen, einen Wahlbezirk aufzufordern, seine Überzeugung und sein
Gefühl zum Opfer zu bringen und zum Besten der Nationalssache
einen Abgeordneten zu wählen. Derselbe soll keine bloß tote, schrift-
liche Protestation nach Erfurt mitnehmen, denn eine solche würde man,
vielleicht auch ohne sie zu lesen, zu den Akten legen, sondern eine le-
bendige, auf Gesetze, Thatsachen, Zahlen, Gründe und Beweise ge-
stützte, derselbe soll als lebendiges Gewissen des Landes erklären, daß
Erfurter Parlament sei für die Sache des Großherzogthums Posen
ein kompetentes Forum. Schließlich fordert die Haupt-Direktion der
Liga polska den Kostener Wahlbezirk auf, diesen Abgeordneten zu wählen.

Der Correspondent des Dziennik polski meldet denselben
unter 17. d. M. aus Berlin, daß die Kommission ihren Revision-
Bericht über die 15 Punkte der Königlichen Botschaft beendigt hat. Sie
hat 8 Punkte angenommen und 7 Hauptpunkte verworfen, unter die-
sen die Pairie, die Ausnahme-Gerichte und andere. Unter den ange-
nommenen Punkten befindet sich einer, der Euch, Ihr Re-
dacteur, angeht, und der bestimmt, daß nicht nur der Redacteur,
sondern auch der Herausgeber und Drucker für alle Pressvergehen
solidarisch verantwortlich sind. Hütet Euch also, heißt es schließlich,
daß man nicht Euch Alle zugleich ins Gefängnis werfe.

† Berlin, den 19. Januar. Die Frage wegen der Errichtung
einer höheren Lehranstalt in der Nähe des Oranienburger Thores bil-
det in den Verhandlungen der städtischen Behörden Berlins seit län-
gerer Zeit einen wichtigen Moment. Das Haus ist bekanntlich ge-
baut, es ist für eine Normalschule eingerichtet, die Gelder zu dem nach
dem ursprünglichen Plane angelegten und ausgeführten Bau sind
verausgabt, und die Bäder der Stadt können immer noch nicht dahin
kommen, das so angelegte Kapital nun auch wirklich arbeiten zu lassen.
Den Antrag, den die städtische Schul-Deputation des Magistrats bei
den Stadtverordneten gemacht hatte, die nötigen Gelder zu bewilligen,
um mit der Unterschule, der Mittel- und der Realschule daselbst
nun auch die nach dem Plane nothwendigen Gymnasialklassen zu ver-
binden, ist schon früher abgelehnt worden. Die Sache wurde einer
gemischten Kommission zur abermaligen Beratung und Berichterstat-
tung überwiesen. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Ver-
sammlung kam dieselbe endlich zur Verhandlung, man hoffte nun um
so mehr auf einen baldigen Abschluß, als die Anstalt mit Ostern er-
öffnet werden soll, die Zeit also sehr drängt und noch bis jetzt weder
die Wahl des Direktors noch die irgend eines Lehrers hat vorgenommen
werden können. Dennoch ist man noch zu keinem abschließenden Er-
gebnis gekommen. Es wurde in der Versammlung wieder viel hin-
und hergestritten, es wurde von den Vorfügungen der klassischen und
der realen Bildungsmethode, von der Nothwendigkeit ihrer Verschmel-
zung, von dem dringenden Bedürfniß einer höheren Lehranstalt für
den dortigen Stadtteil gesprochen, manches oberflächlich, aber auch
vieles sehr treffend und gediegen indeß die Saat fiel auf steinigen
Boden. Namentlich waren es die Stadtverordneten Professor Gneist,
Professor Hotho und Prince-Smith, welche gediegene Gründe
für die sofortige Errichtung von Gymnasialklassen aus städtischen Mit-
teln vorbrachten. Der Antrag fiel mit 41 gegen 49 Stimmen. Es
war noch der Vorschlag gemacht worden, den Staat um eine ange-
messene Beihilfe zu bitten und nur, wenn diese bewilligt worden, die
Errichtung der Gymnasialklassen zu beschließen. Dieser Vorschlag
fand, ohne weiter beraten zu werden, zur Abstimmung und erhielt
mit 48 Stimmen die Majorität, so daß er zum Beschuß erhoben ist.
Dadurch ist die wirkliche Errichtung der Anstalt auch für die schon
bewilligte Abtheilung wieder ins Unbestimmte verschoben, und wird
zu Ostern in keiner Weise sich mehr durchführen lassen. Die Bitt-
schrift muß an den Unterrichtsminister gehen, dann an den Finanz-
Minister, die müssen mit einander erst conferieren, und bei der durch

die höheren politischen Fragen jetzt sehr in Anspruch genommenen Zeit ist es gar nicht zu erwarten, daß der Bescheid beschleunigt werden kann. Nebrigens ist es eben so wenig zu hoffen, daß bei der jetzigen Finanzlage des Staates auf den Antrag einer Staatsunterstützung im Belaune von etwa 3000 oder 4000 Thlr. wird sehr bereitwillig eingegangen werden.

Berlin, den 19. Januar. (Cont. Ztg.) Wie sehr die Organe des Ministeriums selbst die Macht der Kreuzzeitungs-Partei anerkennen, dafür zeugt u. A. folgender Artikel der Constitution. Correspondenz:

Wir müssen auch heute wieder darauf zurückkommen, daß aus der gegenwärtigen Krisis sich nur ein Ausweg bietet, die Annahme der Königlichen Botschaft.

Nicht, daß wir die Gründe unterstützen, welche den Kammern den Entschluß dazu erschweren; denn wir haben wohl in Erinnerung, daß „besonnenen Männer nicht ohne Noth zugemutet werden soll, heute gut zu finden, was sie gestern verworfen“; auch nicht deshalb, weil wir der Meinung wären, es handle sich jetzt, ob bei der Krone oder bei den Kammern hinsichtlich die entscheidende Gewalt im Staate ruhen solle; denn hätten wir diese Ansicht, so wären wir wenigstens nicht so schadenfroh, den Kammern noch zuzurufen, nur frisch ihrer Mitwirkung in der Verwaltung des Staates sich zu begeben. Sondern deshalb allein, weil wir durch den Inhalt der Botschaft in ihren wesentlichen Stücken die Verfassung vervollkommen, durch ihre Annahme aber die Gefahr, welche dem constitutionellen oder parlamentarischen Regierungs-Systeme in diesem Augenblick überhaupt droht, vermieden sehen. Denn es kann kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß eine Partei im Lande auf die gegenwärtige Crisis die Hoffnung fest, das ganze „constitutionelle Wesen“ damit auf einmal über Bord zu werfen. Oder glaubt jemand, der heutige Leitartikel der Neuen Preußischen Zeitung breite ohne Absicht der Opposition in der Kammer die Bedeutung unter, sie habe bereits begriffen, daß es sich mit der Botschaft um das Sein oder Nichtsein der Kammern handle. Es gehört in der That mehr dazu als der bloße Wunsch, die Prärogative der Krone in der Verfassung zu retten, um nach solcher Vorausehung gegen die Kammern die Erwarrung auszusprechen, sie würden gegen die Annahme sich nun nicht länger sperren. Oder liegt darin nicht schon die Sprache des sicheren Krieges, welche das Vertrauen auf die Gewalt eingeckt, der Landesvertretung zuzurufen, sie habe bereits keine Wahl mehr als den freiwilligen Verzicht. So ist es denn vollkommen bezeichnend für die Situation dieser Partei, daß sie mit dem Inhalte der anfänglich so gerüttelten Königl. Propositionen sich heute schon nicht mehr zufrieden erklärt, sondern die Vorlage nur infofern begrüßt, als sie darin einen Beweis erblickt, daß die November-Minister sich aus lethargischem Schlaf aufgerafft, um die Rechte der Krone zu vertreten. Sie fühlt es wohl, erklärt sie sich auch mit dem Inhalte zufrieden, sie könnte sich eines Lages für gebunden halten, der Accept der Kammern mag nun erfolgen oder nicht. Darum verbleiben die „vollen Partei-Ansprüche“ noch in petto. In diesem Bekennnis liegt eine große Unrichtigkeit, und die Kammern sollten die Bedeutung dieses Bekennnisses nicht zu gering ansehen. Sie sollten bedenken, daß der Verlust des Ansehens, welchen die N. Pr. Zeitung perfid genug ist, ihnen bereits für den Fall der Annahme in den Augen des Landes zugesprechen, doch nur gering wiegt gegen den möglichen Verlust der Rechte, welcher der Landesvertretung für den Fall der Nichtannahme bevorsteht.

In Grieppenkerl's Robespierre gibt zu Braunschweig Herr Kaiser aus Hannover die Titelrolle und die Therese Cabarrus wird von einer ehemaligen Schauspielerin, jetzigen Baronin von Cornberg, die dem Dichterwerke zu Ehren noch einmal die Bühne betreten wird, dargestellt. Wir sind auf den Erfolg im höchsten Grade gespannt und werden denselben um so lieber berichten, als derselbe über den künstlerischen Werth des Drama's aufklären wird. Die Berliner Kritik hat so, auf ziemlich philistrische Weise, an das Gedicht mehr den Maßstab der Parteiorthodoxie als der Ästhetik gelegt. — Wie man erzählt, ist dem Leseomite der Königl. Schauspiele ein neues Drama: Mirabeau, eingereicht worden. Auch Teodoro Wehl, der in der letzten Zeit den Bedarf des Theaters an einactigen Stücken geliefert hat, soll ein neues Produkt: „Die Tante aus Schwaben“, geschrieben haben. Vielleicht ist das unjene am Theaterstück so fruchtbare „Tante aus Schwaben“ (Frau Birch-Pfeiffer), diesmal selber „frei bearbeitet“? — Das Zuchtpolizeigericht zu Paris hat den Redakteur einer Theaterzeitung zu 500 Fr. Geldbuße verurtheilt, weil er einen Sänger der Porte St. Martin sehr scharf mitgenommen hatte, der an jenem Abende gar nicht aufgetreten war. Dergleichen ist in Berlin auch schon vorgekommen, aber freilich nicht mit 500 Fr. bestraft worden. Ein nur zu bekannter Recensent und ein über das Französische Theater schreibender Arzt beginnen jenen Frevel in vormärzlicher Zeit. — Therese Milanollo wird in Tonwisse Concerte geben.

(Cont. Ztg.) Wir haben bereits früher einmal des im Tiergarten errichteten Monuments des hochgeliebten Königs Erwähnung gethan und mitgetheilt, daß die Stadtverwaltung, auf den Antrag des Comite's beschlossen hatte, den durch die hiesige Bürgerschaft nicht völlig gedeckten Kostenbetrag der Ausführung an die städtischen Fonds zu übernehmen. Der jetzt erstattete Rechenschaftsbericht ergiebt, daß das Monument im Ganzen etwa 30,300 Thaler gekostet hat, daß hierauf noch 12,784 Thaler zu bezahlen sind, und von diesem Restbestand, der sich in der Kasse nur noch 1094 Thaler befinden, der Stadt-Kasse 11,690 Thaler zufallen. Dieser ganz unerwartete Umfang von nahe an 12,000 Thaler hat in der Stadtverwaltung zu einer um so größeren Verstimmung geführt, als die städtischen Finanzen solche Ausfälle augenblicklich nur sehr schwer ertragen.

(Cont. Ztg.) Seit gestern spricht man von einer Sitzung des Ministerraths, in welcher Verschiedenheiten der Ansichten über den einzuschlagenden Weg lebhaft erörtert worden seien. Aufsallend ist die Hestigkeit, mit welcher ein dem Ministerium befremdetes Blatt über die Deutsche Reform und ihre Leitartikel in der Ministercrisis herfällt. Man sieht darin den Ausdruck einzelner Mitglieder des Ministeriums, während die Reform als das Organ einer Coterie erscheint, welche bereit steht, eine Schwenkung rechts ab zu machen, oder sich doch dafür „möglich“ zu erhalten.

Die Börsche Zeitung schreibt heute, mit offenbarer Hindernis auf die Reform: „Eine hiesige Zeitung, welche für das Werkzeug des Ministeriums gilt, ohne es dem Inhalt nach zu sein, trägt in ihren schroffen Artikeln einen großen Theil der Schuld, die Verstümmelungen herbeigeführt zu haben, die für alle Theile so beunruhigend sind. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses Organ in seinen extravaganten Artikeln schon mehr als einmal hat desavouirt werden müssen, und daß in allen Krisen dies Blatt mit überspanntem Bogen über das Ziel hinausgeschleichen pflegt. Wir sehen mit Bestimmtheit

der Bestätigung entgegen, hier wieder einmal den „freien Ansichten eines Mitarbeiters“ begegnet zu sein.“ Uns ist man noch, von altem Datum her, eine Desavouirung jenes „Werkzeuges“ schuldig.

Die „Neue Preußische Zeitung“ hat heute keinen Leitartikel. Dagegen tritt der Treubund mit Heiduk und Ugnade für die „unverkürzte Annahme der Botschaft vom 7. d.“ und mit der seit gedruckten Aufforderung an die Minister, „die Männer der hohen, edlen, ritterlichen Gesinnungen, die heldenmuthigen, furchtlosen, treuen Söhne des Vaterlandes“ auf, ihre Pflicht zu erfüllen, diesen „lang ersehnten R. Entschluß zur Geltung zu bringen, und ihren Posten nicht zu verlassen.“ Der Treubund führt übrigens höchst demokratische Redensarten im Munde, als: „das Volk sieht auf Euch“, „das Volk schaft sich um Euch“ u. dgl. m. — Wie bei den demokratischen Placaten des Jahres 1848 fallen uns dabei unwillkürlich die drei Schneider in Tooley-Street ein, welche eine Petition an das Parlament mit den Worten beginnen: „Wir, das Volk von England.“

Braunschweig, den 18. Jan. (Nat. Ztg.) Gestern Abend kam vor überfülltem Hause Grieppenkerl's „Robespierre“ zum Erstmaale zur Aufführung. Wie es bei einem so zahlreichen Publikum zu erwarten war, sah dasselbe mehr die politische als die künstlerische Seite des Stücks in's Auge und diesem Umstände mag es mit zuzuschreiben sein, daß der während der ersten drei Akte außerordentliche Beifall merklich schwächer wurde, je schlechter der Dichter den „souverainen Unversand“ wegkommen läßt. Im Ernst war der Erfolg des Stücks nicht dem Eindruck angemessen, den dasselbe bei seiner Vorlesung vor einem ausgewählten Publikum machte. Indessen wurde der Dichter nach dem ersten, zweiten und letzten Akt gerufen. Zu der zweiten Vorstellung, welche am Sonntag stattfindet, sind bereits sämtliche Plätze vergeben.

Österreich.

Wien, den 18. Jan. (Nat. Ztg.) Die Landesverfassungen für Ober- und Nieder-Schlesien, und für das Herzogthum Steiermark die Organisation der Behörden für Posten, Eisenbahnen und Telegraphen und ein neues Forstgesetz sind publizirt worden; die Veröffentlichung eines Gesetzes über den Belagerungs-Zustand und der neuen Wiener Gemeindeordnung wird in den nächsten Tagen erwartet.

Frankreich.

Paris, den 15. Januar. In sonst gut unterrichteten Kreisen hört man als gewiß behaupten, daß nächstens mehrere Anhänger der Regierung den Vorschlag zu einer neuen Vertragung der Nationalversammlung machen werden; die Annahme eines solchen Antrags wird jedoch bezweifelt. — Ein Verwandter des Kriegsministers, Hr. Paul, ist in besonderer Sendung nach Petersburg abgereist. — Gestern sind eine Menge Ballen mit Exemplaren des Journ. „Napoleon“ in die Provinzen abgeschickt worden. — Ein Abendblatt erzählt, L. Napoleon habe die vorgestern erfolgte Beschlagnahme der „Presse“ nicht gewollt, der Generalprokurator Baroche aber ihm bemerkte, daß es sich hier nicht um die Politik, sondern um eine Rechtsfrage handle. Die „Presse“ hat nämlich einen gerichtlich verfolgten Artikel der „Reform“ einem Artikel über die Verfolgung als Dokument wörtlich einverlebt. Die „Presse“ selbst sowohl, als die ihr befreundeten Blätter, sehen übrigens in dieser Beschlagnahme ein erhebliches politisches Ereignis und rechtfertigen, daß die Fonds auf die Kenntnis davon gewichen seien. — Gestern wurden auf höhern Befehl fast alle hiesigen Regimenter in ihren Kasernen inspiziert. — Unter den Auspicien des Erzbischofs ist hier eine griechisch-slavisch-katholische Kapelle gegründet worden, welche bestimmt ist, den Priestern der beiden Gute zum Sammelpunkte zu dienen und alle Slaven in einer Kirche, obgleich mit zwei verschiedenen Riten, zu vereinigen. — Der Einnahmeüberschuss für 1849 aus den indirekten Steuern beträgt 4 Millionen über den Voranschlag des Budgets. Mit letzterem verglichen ruht dieser Mehrertrag hauptsächlich von den Gebühren für öffentliche Akte, dem Stempel, den Zöllen und der Getränkesteuer her. — Man geht jetzt ernstlich mit dem Vorhaben um, alle noch hier befindlichen Freiheitslämme, meistens abgestorbene Papeln, umzuholen und zur Heizung der Kasernen zu verwenden. — Der „Constitutionnel“, welcher neulich in einer vielgedruckten Neuflug über die Revision der Verfassung die Wünsche und Pläne der bonapartistischen Partei deutlich durchblicken ließ, scheint jetzt einlenken zu wollen und behauptet, bloß das, was er in den Departementsblättern gelesen, wiedergegeben zu haben. Er tadelte sogar das Auftreten L. Napoleons als Redakteur oder wenigstens als Leiter des „Napoleon“ und empfiehlt dem Präsidenten, namentlich in Bezug auf die in den zwei bisherigen Nummern dieses Blattes enthaltenen Angriffe auf die National-Versammlung, die größte Mäßigung und Zurückhaltung, weil die Sache der Ordnung bei der Eintracht der beiden höchsten Staatsgewalten Alles zu gewinnen, bei ihrem Zwiebspalt Alles zu verlieren habe. Das übrige Ministerium scheint übrigens in Bezug auf die Versammlung nicht so respektlos zu sein, wie Foucault oder Rouher vorgeworfen wird. Man versichert wenigstens, daß d'Hautpoul aus Anlaß der Staatsstreit-Gerichte gesagt habe: „Alles mit der Majorität, nichts ohne sie, und nichts gegen sie.“

Die schon kurz erwähnte Rede B. Hugo's am Schluß der heutigen Sitzung der National-Versammlung lautet im Wesentlichen: „Ich werde sofort sagen, was ich will und was ich nicht will. Das wenn auch ferne Ziel, nach dem wir streben müssen, ist der unentgeltliche und obligatorische Unterricht (Sensation. Sehr gut! links); obligatorischer Elementar-Unterricht, unentgeltlicher Unterricht auf allen Stufen, ein großartiger öffentlicher Unterricht, gegeben und geleitet vom Staat. Keine Gemeinde soll ohne Schule, keine Stadt ohne Gymnasium, kein Hauptort eines Departements ohne Universität (!) sein. Das Herz des Volkes soll unaufhörlich in Verbindung mit dem Gehirn von Frankreich sein. Allein was ich nicht will, das ist die Hand der clericalen Partei in dem öffentlichen Unterricht. Ich unterscheide die Kirche, die Religion von der clericalen Partei. Der Mensch bedarf außer der materiellen Verbesserung und mehr als diese die Hoffnung auf ein höheres Leben; denn ohne diese verloren ist es sich nicht der Mühe zu leben. Allein ich will die Religion und den religiösen Unterricht aufrichtig und nicht heuchlerisch, als allgemeine und nicht als Partei-sache, den Himmel zum Zweck und nicht die Erde. Deswegen will ich die Überwachung der religiösen Gesellschaften durch den Staat und deswegen fürchte ich das Gesetz. Denn dasselbe ist strategisch von der clericalen Partei eingegangen, der ich nicht die Zukunft Frankreichs überliefern will, damit sie wieder vernichte, was unsere Väter geschaffen haben. Ich verwechsle nicht die Kirche mit der radicalen Partei. Ihr (gegen Montalembert gewandt) sei nur die Parasiten, die Krankheit der Kirche. (Murren auf der Rechten.) Meint die Kirche nicht eure Mutter, ihr wollt sie zu eurer Magd herabwürdigen. Der Erzbischof von Marseille, der sich unter die Pestkranke begiebt, der Erzbischof von Paris, der die tödliche Kugel empfängt, als er den Frieden über das Ziel hinauszuschleichen pflegt. Wir sehen mit Bestimmtheit

der Unterricht der Kirche. Allein die clericalen Partei hat immer nur daran gedacht, den Menschengeist zu knebeln und alles Licht zu unterdrücken. Hat sie nicht sogar das Buch der Bücher proscribit? Ihr verläuft die Unterrichtsfreiheit, und es ist vielmehr die Freiheit, nicht zu unterrichten, die ihr verlangt. Spanien und Italien, jenes in der Finsternis, dieses im Blute, sind da, um eure Werke zu zeigen, und jetzt wollt ihr euch auch an Frankreich versuchen. Ich verweise euer Gesetz, weil es den Unterricht knebelt und entwürdigt, weil es mein Vaterland entwürdigt. Ihr sprechet immer von den Gefahren des Socialismus, und glaubt das Land gerettet haben, wenn ihr überall, wo kein Gensd'arm ist, einen Jesuiten habt, wenn ihr den Unterricht in der Sacristei und die Regierung im Beichtstuhl habt. Mit eurem System der Unterdrückung der Ideen werdet ihr in diesem Jahrhundert des Fortschrittes nur eine neue furchtbare Explosion hervorrufen. Ich votire daher gegen die clericalen Parthei, weil ich sie für eine öffentliche Gefahr halte.“ Die Sitzung wird um 7 Uhr geschlossen.

Großbritannien und Irland.

London, den 15. Jan. (Köln. Ztg.) Die Russische Regierung befindet sich in Unterhandlungen mit dem Hause Waring wegen einer Anleihe von 5,500,000 Pf. St. Beaufs des Baues der Eisenbahn von Petersburg nach Moskau. Die einzige Anleihe, welche Russland bis jetzt in England contrahirt hat, ist die vom Jahre 1822, welche sich auf 6,629,166 Pf. St. belief. — Wie man sagt, wird die Armee nur um 3400 M. vermindert werden, indem die 17 Regimenter, welche jetzt erste und Reserve-Bataillone haben, auf 1000 Mann reducirt werden sollen.

Türkei.

Der große Justizrat in Konstantinopel beschäftigte sich neulich mit der Untersuchung einer von Hassan Haci-Pascha, Gouverneur von Konia, begangenen Grausamkeit. Derselbe hatte nämlich dem Vice-Gouverneur von Van die Bastonade geben lassen, in deren Folge dieser nach dreitägigem Leiden den Geist aufgab. Der Justizrat leitete nun auf Befehl des Sultans den Prozeß ein, und Hassan Haci wurde seines Postens entsezt und zu fünfjähriger Zwangsarbeit in Tokat verurtheilt.

Wermischtes.

Erfurt, den 14. Jan. Der Magdeburger Correspondent meldet: Eine alte Nonne hat seit der Aufhebung ihres Klosters, des Martinsklosters, welches jetzt eine Kaserne ist, in dem Hause des Pfarrer Liebherr an der Martinikirche als Haushälterin gelebt. Vor einigen Wochen geht sie, wie gewöhnlich, früh um 8 Uhr in die Frühmesse der Martinikirche. Als der Organist ankam und nicht fungieren könne. Die Nonne, die in ihrem sonstigen Kloster Orgelspielerin gewesen und schon früher vicarit hatte, eilt zur Orgel hinauf, die sie, jetzt 73 Jahr, seit 12 Jahren nicht mehr berührt hatte, und spielt mit herrlichem Schwung, den die Gemeinde bewundert, bis zum Gloria. Da fährt sie mit der Hand über die Claviatur hin, so daß sich der Klang einer Aeolsharfe bildet, die Orgel verstummt, und die Nonne liegt tot vor dem hellen Instrumente. Das Wochenblatt meldete: „Jungfrau Louisa Gräfin Gräfin Trapp, gebürtig aus Weißbach in Franken, Conventualin und Organistin des vormaligen St. Martini-Klosters und Lehrerin der damals verbündeten Mädchenschule, 73 Jahre alt, starb am Dienstag.“

Stuttgart, den 12. Jan. Die „Württemb. Ztg.“ erzählt scherhaft: „Vor einigen Tagen ereignete sich hier, wie man sich erzählt, daß Abends bei versammeltem Ministerrath, der über die Deutsche Frage Beratung hielt, an die Thüre angeläutet wurde. Herein traten — die heiligen drei Könige mit ihrem Stern, die hier um die Zeit von Weihnachten bis Dreikönigfest singend in den Häusern herumzich. Die Herren Minister folgten aber beharrlich einem anderen Stern, als dem des Dreikönigsbündnisses; so wenig verstehen sie die Zeichen der Zeit!“

Eine vollständige Kirche nach St. Helena transportiert. Die Geschicklichkeit und der Unternehmungsgeist der Englischen Künstler haben sich oft im Dienste für ferne Länder bewährt; als Beweis genügt es, die Brücke für den Kaiser von Russland anzuführen, ebenso das ehrne Leuchthaus für Bermuda, um nichts von den jüngsten Bemühungen für die Ansiedler in Neu-Seeland und Kalifornien zu erwähnen. Jetzt ist es ein neues Werk der Herren Winsland und Holland, das unsere Aufmerksamkeit auf sich zieht. Es besteht in einer vollständigen Kirche, die bequem 300 Menschen fassen kann und welche auf St. Helena für die britischen Bewohner jener Insel aufgerichtet werden soll. Das Gebäude ist im altenglischen Architekturstil gehalten nach einer Zeichnung Benjamin Ferrey's. Es besteht aus Steinen, die alle zierlich gehauen sind; und diese befinden sich bereits auf dem Wege nach ihrem Bestimmungsorte. Das Dach und die anderen Holz- und Eisenarbeiten sind ebenfalls vollendet und werden in wenigen Tagen nach St. Helena abgehen. Die Dimensionen sind die folgenden: der untere Raum ist 75 Fuß lang und 30 Fuß breit; das Chor zählt ebenso 25 und 18 Fuß; die Sakristei 10 und 10 Fuß. Die Zeichnung umfaßt außerdem noch einen Glockenturm und ein Portal. Die Kanzel ist von ausgehauinem Stein die Größe von gebeiztem Fichtenholz.

San Francisco (Californien), das vor einigen Jahren für ein fabelhaftes Eldorado galt, das viel mehr verspreche, als es halten könne, und später wegen einiger von den dort versammelten Abenteuern aller Nationen begangenen Unordnungen und Verbrechen für eine Räuber- und Mörderhöhle ausgeschrieben wurde, hat sich, seitdem es von dem schöpferischen Ordensgeist der Nordamerikaner ergriffen worden, und diese sich in seine inneren Zustände zu mischen angefangen haben, rasch zu einem civilisierten Lande erhoben. Es soll daselbst nach dem Courrier des Etats Unis jetzt die vollkommenste Ordnung herrschen, während in ihrem früheren Mutterlande, Mexiko, die Anarchie in fortwährendem Zunehmen begriffen ist. Californien ist mit einer eigenen Verfassung in die Amerikanische Union eingetreten und jetzt mit den Wahlen zu dem Congress in Washington beschäftigt, zu dem es zwei Mitglieder ernannt. Schon ist in diesem jungen Staate die Bevölkerung in Conservative und Radikale — in Nordamerika Whigs und Demokraten genannt — getheilt, die um den Vorrang in der Regierung kämpfen. Überall erheben sich in und um San Francisco Gebäude und Anlagen, und man geht damit um, eine Börse im Stil der von New-York zu bauen. Der Tagelohn ist so hoch gestiegen, daß ein Maurer oder Zimmermann bis 16 Dollars (über 21 Thlr.) täglich verdienen kann. Der Preis der Lebensmittel und anderer nötigen Dinge hat sich allerdings im Verhältniß gesteigert, indessen ist es einem mäßigen und ordentlichen Arbeiter immer möglich, in kurzer Zeit ein kleines Kapital zu erwerben. Wie einst im Alterthume der Del- und Getreidebau den Anfang zur Volksgesetzgebung bildete, so pflegt die Dampffschiffahrt die Vorläuferin der von

Nordamerika ausgehenden Kultur zu sein. Schon befährt ein Dampfboot, der „Senator“ genannt, den Sagranteo, an dessen einsamen Ufern man bisher nur wilde Wasservögel sah.

Kammer-Verhandlungen.

87ste Sitzung der zweiten Kammer vom 21. Januar.

Präsident Graf Schwerin. Eröffnung der Sitzung 11¹/₂ Uhr. Der in der vorigen Sitzung bereits berathene Abänderungs-Vorschlag des Abg. Patow zum Gesetz über die Rentenbanten wird in nochmaliger Abstimmung angenommen.

Hierauf begründet der Abg. Beeseler die in der 83. Sitzung (siehe Nr. 14 d. 3.) eingebrachte Interpellation, die mecklenburgischen Angelegenheiten betreffend. Der Redner weist hin, wie durch die obhauptswidrigen Verhältnisse die Frage über das Verhältnis des Interims zum Bündnis vom 26. Mai zum ersten Male angeregt sei. Selbst wenn die Bundeskommission alle Rechte des alten Bundestages hätte, könne sie hier nicht competent sein. Durch Patent vom Jahre 1817 hatten die Mecklenburgischen Regierungen verabredet, jede Streitigkeit über die Landesverfassung im Wege des Schiedsgerichts, welches die Bundesversammlung bestimmen soll, zu schlichten. Daraufhin beantragte die Mecklenburgische Ritterschaft bei der Bundeskommission ein Inhibitorium. In Folge dessen habe die Bundeskommission am 11. Januar, die großherz. Schwer. Regier. aufgefordert, jedes weitere Vorscreiten in der Verfassungsangst zu unterlassen. In diesem Schritte liege ein Übergriff der Bundescomm., den der Redner in dem folgenden Theile seiner Rede näher erörtert. Er hält nur das Schiedsgericht, wie es aus dem Vertrage vom 26. Mai, dem beide Mecklenburger Regierungen beigetreten sind, für competent. Unter diesen Umständen habe die Mecklenburgische Regierung der Weisung nicht zu gehorchen und er freute sich, daß sie entschlossen, es nicht zu thun. Der Redner geht weiter auf das Verhalten der Preußischen Regierung in dieser Frage ein. Schon am 13. Dezember — 10 Tage nach den Verhandlungen über das Interim — habe der Minister des Auswärtigen ein Schreiben an die Schwerinsche Regierung erlassen, worin er sie warnt, in der Verfassungsfrage weiter vorzugehen, weil die Bundes-Commission nächstens ins Leben treten werde. Der Redner schließt folgendermaßen: Fühlen sich die Herren, die über die Bildung des Interims so zufrieden waren, noch dadurch befriedigt? (Bravo.) Ich wünsche zu verhindern, daß die Feinde Preußens mit Hohngelächter diese Verantlung ergreifen und auf das mißhandelte Schleswig weisen und sagen: Wieder ein Bundesgenosse, der sich in dem Vertrauen auf Preußen betrogen hat! (Bravo. Bischen.)

Nach ihm nimmt der Minister des Auswärtigen das Wort. Zu dem Eingange seiner Rede kommt er auf das Patent vom Jahre 1817 zurück. Die Ritterschaft habe sich an des Königs Majestät gewendet. Dies habe das erwähnte Schreiben vom 13. Dezember veranlaßt. Die Bundes-Kommission habe die Ausübung der Pflichten der engeren Bundesversammlung übernommen. Sie habe nur die Erhaltung des status quo angeordnet, definitiv aber nichts entschieden. Die definitive Regelung werde noch Gegenstand einer reislichen Erwagung sein, dieser wolle er (der Redner) nicht voreignen. Schließlich geht der Herr Minister zur Beantwortung der gestellten Fragen über. 1. Die Regierung erachtet die von der Bundeskommission unter dem 11. Januar erlassene Verfügung zunächst für rechtlich begründet, hat sich indeß noch keine definitive Meinung hierüber gebildet. 2. Durch die Beschwerde der Mecklenburgischen Regierung bei der Bundeskommission sind die Rechte des Bündnisses vom 26. Mai gar nicht berührt; die Interessen desselben wird die Regierung jederzeit mit allen Mitteln wahrnehmen. 3. Es ist von der Regierung das Erforderliche veranlaßt worden, um alle in dieser Beziehung gepflogenen Verhandlungen zur Kenntnis des Verwaltungsrathes zu bringen. — Die Regierung glaubt durch ihr Verfahren in dieser Sache keinen begründeten Anselm zu haben; und hofft auch ferner die Billigung der hohen Kammer zu erhalten, wenn sie dem Grundsatz treu bleibt, daß das Recht höher steht, als die Politik. (Bravo. Bischen. — Langdauernde Bewegung.)

Die Kammer geht hierauf zur Berathung des dritten Budget-Berichts, dem Abschnitt über die Preußische Hauptbank, über. Die Kammer tritt dem Antrage auf Streichung der Mietshentschädigung von 1000 Thlr. für den Chef der Bank bei, genehmigt einen zweiten Antrag, daß die unverzügliche Constituierung des Bank-Curatoriums erforderlich sei, und geht hierauf zu dem Abschnitt, die allgemeine Kasenverwaltung betreffend, über. Die Einnahme für 1849 wird auf 319,562 Thlr. für 1850 auf 502,913 Thlr. festgesetzt. Bei dem Abschnitt über die Hauptmünze verlangt die Kammer in der Folge spezielle Nachweise. Sie genehmigt den Besoldungsetat auf 18,731 Thlr. Die in Ausgabe gestellte Rate an das Kronfideikommiß wird mit 2,573,099 Thlr. sowohl für 1849, als für 1850 für zahlbar erklärt.

Schlüß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

Locales &c.

β Posen, den 22. Januar. Die gegenwärtigen, traurigen Verhältnisse unseres Stadttheaters, das in seinem unheizbaren Zustande dem Zwecke eines Kunstinstituts zu genügen außer Stande ist, hatten in der letzten Sitzung der Stadtverordneten (cf. Ztg. vom 9. Januar) die verdiente Aufmerksamkeit dieser Versammlung auf sich gezogen, und es war eine Kommission ernannt worden, um über die Modalitäten der Heizbarmachung des Theaters ein Gutachten abzugeben. Auch von Seiten der Königlichen Regierung war der beregte Gegenstand in Erwagung gezogen worden und fand das in der gedachten Stadtverordneten-Versammlung gemachte Projekt bei derselben die lebhafte Theilnahme, so daß auch hier eine Kommission zur Prüfung der vorliegenden Beheizungs-Vorschläge gewählt wurde. Beide Kommissionen hatten sich in Verbindung gesetzt und war auf gestern Mittag eine Zusammenkunft im Theater verabredet worden, um an Ort und Stelle zu prüfen, auf welche Art die Beheizung am zweckmäßigsten eingerichtet würde. Von Seiten der Regierung fanden sich demnach gestern die Regierungsräthe v. Schmelting und Büske, von Seiten des Magistrats der Ob.-Bürgermeister Raumann und der Stadtrath Kramarkiewicz, von den Stadtverordneten der Vorsteher Müller und die H.H. Klug, Freudenreich und v. Grusaz im Schauspielhaus ein, und besichtigten, unter Buziehung der Techniker, Herren Baumeistoren Schinkel und Greter, alle Theile des Lokals auf das Genaueste. Es stellte sich unter den Anwesenden übereinstimmend die Ansicht heraus, daß am angemessensten die Beheizung des Gebäudes durch massive Heizräume mit gußeisernen Ofen, die im Souterrain anzubringen seien, bewirkt würde; und daß außerdem das bis jetzt über dem Schnürboden ganz frei liegende Dach mit Brettern verschalt, endlich der Schnürboden selbst mit Teppichen belegt werden solle. Die Techniker erklärten diese Beheizungsweise für durchaus nicht feuergefährlich. Hierauf werden von den Deputirten

die betreffenden Vorlagen gemacht werden. — Wir wollen hoffen, daß hiermit die ganze Angelegenheit so weit vorgerückt ist, daß die Ausführung, in der gedachten Weise unbedeutend so bald als möglich ins Werk gesetzt werden kann; die mit der Prüfung derselben Beauftragten aller Instanzen, durch welche die Sache nur gehn kann, haben sich hiermit für dieselbe erklärt, und Gründe dagegen lassen sich kaum noch geltend machen. Die Frage, ob das Theater heizbar gemacht werden soll, ist identisch mit der, ob wir überhaupt ein Theater haben sollen. Der gegenwärtige Winter zeigt, daß das Publikum — und wer möchte es ihm verdenten — in ein ungeheiztes Lokal, selbst bei anerkannt vortrefflichen Leistungen der Schauspieler, nicht geht; hr. Vogt schlägt ein Mal über das andere das Haus wegen man gelnden Besuchs oft, wenn er spielt, deckt die Einnahme nicht die Tageskosten, und dabei werden ihm noch die Schauspieler, die oft in leichtem Tricot bei eisiger Kälte auftreten müssen, in Folge der Zugluft auf der ganz freien Bühne krank; — er aber muß allen Bühnenmitgliedern regelmäßig die Gagen zahlen und soll dafür sorgen, daß stets ein gutes Repertoire vorhanden ist! Wenn wir nicht im nächsten Winter ein heizbares Theater haben, zweifeln wir, daß irgend ein Direktor dasselbe pachten, daß irgend tüchtige Schauspieler sich bei demselben engagieren, daß auch nur der Theil des Publikums, der dies Jahr noch ansharrt, dasselbe besuchen wird. — Noch wollen wir erwähnen, daß bei der Besichtigung der Lokale des Theatergebäudes sich auch herausgestellt hat, daß aus dem vorderen Theile des Souterrains mit Leichtigkeit ein geräumiges, heizbares Lokal für Restauration und Conditorei hergestellt werden kann. Hierdurch würde ebenfalls einem fühlbaren Mangel abgeholfen werden.

β Posen, den 22. Januar. Nachdem das zur Begründung der projektierten gewerblichen Verkaufs- und Vorschuß-Anstalt erforderliche Fundations-capital von 2000 Rthlr. durch Aktienzeichnungen mehr als vollständig gedeckt werden, fand am gestrigen Tage eine Generalversammlung der Interessenten im Sitzungs-Lokale der Stadtverordneten statt. Dieselbe war von Actionären, unter denen wir auch den Herrn Oberpräsidenten v. Beurmann, so wie andere Mitglieder der hiesigen Regierung bemerkten, und namentlich von Gewerbetreibenden zahlreich besucht. Herr Präsident Klebs hielt zunächst einen gezieligen Vortrag über die hohe Zweckmäßigkeit eines Instituts, wie das projektierte, und rechtfertigte einige von dem provisorischen Vorstande gemachte, durch die Umstände gebotene Abänderungen des ursprünglichen Entwurfs. Einstimig wurde hierauf beschlossen, daß die beabsichtigte gewerbliche Verkaufs- und Vorschuß-Anstalt von Ostern d. J. ab ins Leben treten, und dieselbe den Namen: Gewerbehalle führen solle. Das von dem provisorischen Vorstande verfaßte Statut, wonach Vorschüsse zu 2/3 des von einer Fachcommission zu ermittelnden Werths auf eingelieferte, selbstgesetzte Arbeitsstücke auf Verlangen gegeben werden, wurde demnächst in allen seinen Theilen genehmigt, namentlich erhielt auch die Erhöhung des Zinszuges von 6 auf 8 Prozent von dem Verkaufspreise der Waare, so wie der Abzug von 1 Sgr. vom Thaler von den Vorschüssen zur Bestreitung der Kosten des Miethslokals, des zu bestellenden Verkäufers u. dergl., die allgemeine Bestimmung der Gewerbetreibenden, trotz der von einigen Nicht-Handwerkern gegen den zu hohen Procentsatz erhobenen Bedenken. Alsdann wurde beschlossen, daß an die Spize der Anstalt ein Verwaltungsrath von 5 Personen treten solle, mit eventuell eintretenden Stellvertretern, so daß immer die Theilnahme von Fünfen zur gültigen Beschlusffassung nötig sei. In den Verwaltungsrath wurden auf ein Jahr durch Acclamation, wobei den Gewerbetreibenden das Recht des Vorschlags zustand, gewählt: die Herren General-Lieutenant von Steinacker-Eccellenz, Präsident Klebs, Prof. Müller, Rath Büske und Buchdruckerei-Besitzer von Rosenstiel, und zu ihren Stellvertretern: die Hrn. Kaufmann Treppmacher, Kaufm. Herrmann Barth, Apotheker Jonas, Referendarius Lüpke und Gasföhnschörer Kraatz. Dem Verwaltungsrathe wird eine Fachcommission an die Seite treten zur Begutachtung und Tarirung der eingelieferten Arbeitsstücke, bestehend aus ein bis drei von den Gewerbetreibenden selbstgewählten Mitgliedern der einzelnen Gewerbe. Von Gewerbetreibenden sind gegenwärtig dem Institute beigetreten: Lischler, Schlosser, Drechsler, Täpzerer, Kupferschmiede u. A., und werden dieselben die Mitglieder der gedachten Commission demnächst aus ihrer Mitte wählen. Die Mietung eines Lokals, Anstellung eines Beamten zum Verkauf der eingelieferten Waaren, endlich eines Aufwärters, wurde dem Verwaltungsrathe übertragen, und schließlich beschlossen, die gezeichneten Aktienbeträge von Nichtgewerbetreibenden sofort in ganzer Höhe, von den Gewerbetreibenden dagegen ratenweise und zwar in 3 Terminen einzuziehen.

β Posen, den 21. Jan. Nachdem mit Hülfe eines großen Theils der zu diesem Zweck der Eisenbahn-Direktion zur Verfügung gestellten Festungsarbeiter der Schnee von den Schienen der Eisenbahn weggeschafft worden, kommen die Berliner Eisenbahnzüge wieder ziemlich regelmäßig an. Es liegt auf dem Planum dem Eisenbahn jedoch noch eine so bedeutende Menge Schnee, die namentlich bei etwa ein-tretendem Thauwetter von der nachtheiligsten Einwirkung auf dasselbe sein könnte, daß, nachdem die gedachten Festungsarbeiter am heutigen Tage wieder zu ihrer ursprünglichen Beschäftigung zurückgekehrt, die der Verwaltung der Eisenbahn zu Gebote stehenden Kräfte zur Fortschaffung nicht genügen, und deshalb die Militairbehörden haben angegangen werden müssen, um Hülfsmannschaften zur Disposition zu stellen. Bei der gegenwärtigen Sibirischen Kälte — heute 25 Grad — fanden sich, obgleich dem Gemeinen 10 Sgr., dem Unteroffizier 15 Sgr. Tagelohn in Aussicht gestellt wurden, so Wenige, die sich freiwillig zu der beanspruchten Dienstleistung meldeten, daß, wie wir vernahmen, nunmehr zwangswise die nothwendige Zahl zu dem gedachten Dienste kommandiert werden. — Die Posten aus der Provinz verspäteten sich wegen des überall ellenhoch liegenden Schnees meistens noch immer sehr; die nicht chaussirten Wege sollen kaum zu passiren sein.

β Bromberg den 19. Januar. Wir würden es sehr gern sehen, wenn wir auch aus unserer Gegend, wie dies aus mancher andern des Großherzogthums geschieht, berichten könnten, daß Deutsche und Polen im Einvernehmen mit einander stehen. Bei uns ist dagegen gerade jetzt der Gegensatz zwischen Polen und Deutschen höchst ausgebildet und es ist den Bemühungen der Liga polska, bei der sich auch die katholischen Geistlichen betheiligen, gelungen, selbst den meinen Polen vergestalt zum Bewußtsein seiner sog. Nationalität zu bringen, daß er gleich mit dem Ausdruck „deutscher Hund“ bei der Hand ist. Von einem befriedeten Verhältniß zwischen den Deutschen und Polen der gebildeten Stände, wie es früher hier häufig stattfand, ist aber vollends gar nicht die Rede; nur wie und da halten es die Polen auf dem Lande noch mit dem Deutschen, vorausgesetzt nämlich, daß dieser ein ächter Demokrat ist, wo sich dann die Bestrebungen beider in mancher Beziehung begegnen. Für die Bestätigung

dieser Schilderung könnten wir viele Beispiele anführen; eine That-sache aber, die sich hier vor Kurzem ereignete, tritt besonders hervor. Bei einer Schlittenfahrt einiger Bürger unserer Stadt nach einem nahegelegenen Vergnügungsort waren die Schlitten vor der Thür in einer Reihe aufgefahren, während die Gesellschaft, meist aus jungen Leuten bestehend, im Zimmer weiste. Da führte der Zusatz eine Menge polnischer Knechte vorüber, die im trunkenen Zustande, worin sie sich befanden, die Kutscher als „deutsche Hunde“ zu verböhnen und sogar die Pferde auszuspannen und fortzuführen begannen. Die herzulegenden Besitzer wurden ebenfalls mit dem Ehrentitel „deutsche Hunde“ traktirt und es kam bei der wachsenden Frechheit der polnischen Knechte zu einer Prügelei, in der ein Knecht fast leblos fortgetragen werden mußte. Auch einer der jungen Leute, welcher zuerst den Muthwilligen ihr Verhalten verwies, erhielt einen betäubenden Schlag auf den Kopf. Früher wäre es unerhört gewesen, einen anständigen Mann von einem polnischen Knecht als „Hund“ bezeichnen zu hören.

β Bromberg den 20. Januar. Wir sind hier lange von Feuer verschont gewesen, haben aber in diesen Tagen dafür einen desto größeren Brand erleben müssen. Es ist nämlich das unser der Stadt belegene sogenannte Schloß Belitz in diesen Tagen abgebrannt, welches ohne das darin befindliche Mobiliar auf 15,000 Rthlr. veracht ist. Das Feuer brach in der Nacht um 2 Uhr aus, während der Besitzer, der schon seit längerer Zeit an der Gicht leidet, mit seinem ganzen Haushalte schlief. Zuerst war die Treppe von den Flammen ergriffen worden und der Besitzer glaubte, als die ersten Stücke derselben zusammenstürzten, es wären Diebe eingebrochen; er öffnete daher schnell die Thür und überzeugte sich zu seinem Schrecken von der Feuersbrunst, welche schon jedes Herabsteigen aus dem zweiten Stocke, in welchem er sich mit den Seinen befand, unmöglich machte. Zugleich schlug ein entsetzlicher Dampf in die Zimmer der oberen Stockwerke, so daß man in denselben nicht länger bleiben konnte. Jetzt war guter Rath thener, denn die Fenster des zweiten Stockwerks lagen wenigstens 16 bis 18 Fuß hoch. In dieser verzweifelten Lage warf der Besitzer entschlossen Betten und Kleidungsstücke zum Fenster hinaus, packte seine Kinder in Betten und warf sie nacheinander auf die unten liegende weiche Unterlage; alsdann sprang er und seine Frau den unten glücklich angelkommenen und von herbeigeeilten Menschen in Empfang genommenen Kindern nach. So kamen alle wohlbehalten an, ohne daß der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen ist. Die Entstehungsart des Feuers ist nicht bekannt, jedoch trägt eine Unvorsichtigkeit des Dienstmädchens wahrscheinlich die Schulb.

+ Inowraclaw den 18. Januar. Unter Bezugnahme auf den in Nr. 8. dieser Ztg. erschienenen Artikel, d. d. Bromberg den 5. d. Mts., möge zur Rechtfertigung unserer Korrespondenz vom 14. Decbr. 49. Nachstehendes hier seinen Platz finden: Man weiß hier sehr gut, daß die Wege in Kujawien von Natur schlecht sind und wundert sich daher um so mehr, daß für deren Verbesserung nicht eifriger geforgt worden. Auch uns sollte es Leid thun, wenn man dem seit kurzer Zeit hier wohnenden, uns bisher noch unbekannt gebliebenen Wegebaumeister, der vielleicht ein sehr erster Mann ist, in so fern Unrecht thäte, als man ihm zur Last legt, daß er allein an dem schleppenden Chausseebau Schuld sei; doch ist diese Behauptung hier bereits Jahre alt geworden und ganz allgemein. — Obwohl der hiesige Magistrat die Einladungskarten an die Urwähler zum Erfurter Reichstage bereits vor einigen Tagen hat vertheilen lassen, herrscht in Befrei der Wahlen doch immer noch eine Lethargie, die sich vor keinem der früheren Wahltagen fund gegeben hat. Nur die hiesige Liga polska hat in ihrer letzten Sitzung darüber verhandelt und den Beschlus gefaßt, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen, behauptend, daß all ihr Wählen doch vergeblich sei. Nach den uns ferner aus sicherer Quelle gewordenen Neuigkeiten dieser Versammlung, hat dieselbe sogar die Absicht, ihre Abgeordneten in Berlin zur Heimkehr zu veranlassen, um sich von den Deutschen, von denen die Polen doch kein Heil zu erwarten hätten, zu isolieren. — Ob die Liga indes nicht anders handelt, als sie spricht, sei dahin gestellt. — Leider ist der Apotheker, von welchem ich letzens berichtete, gestorben.

Finis Poloniae.

a. So ist eine kleine Brochure betitelt, die, wie man behauptet, von den Präsidenten Hrn. v. P. herrühren soll. Man könnte fast von ihr sagen, wie auch einst ein satyrischer Kopf sich über eine erschienene Neuigkeit ausließ. — Sie enthält viel Gutes und Neues — Schade, daß das Gute nicht neu, und das Neue nicht gut ist. — Leider läßt sich diese Beurtheilung nicht in ihrem ganzen Umfange hier anwenden, das Neue, was sie bringt, ist nämlich nicht ganz neu, denn schon seit einiger Zeit ist die Idee, die dem Schriftchen zum Grunde liegt, in den Köpfen so mancher Leute rege, die, wie die böse Welt behauptet, in der Theilung Polens, nicht finis Poloniae, sondern die Erstehung eines neuen Präsidiums, wenn nicht gar Oberpräsidiums hauptsächlich sehen wollen.

Gemig die kleine Brochure beginnt mit sehr vielen Hübschen, Wahren und Guten, indem sie mit gelübter Feder längst anerkannte und bekannte Sachen uns aufsicht und schließlich die Forderung stellt, die Provinz Posen müsse getheilt werden, um so dem Deutschen Element das Übergewicht zu verschaffen, und die Internationalisirung der Polen zu Wege zu bringen. — Die Brochure sagt Seite 22. „das vermeintliche Polenthum existirt daher nur noch in dem Preußischen Anteil, und an Preußen allein wird die Forderung gestellt, dasselbe den Aufstands-Versuchen von 1846 und 48 gegenüber, bestehen zu lassen. Welche Consequenz ist in dieser Forderung? Preußen bedient sich nur seines, durch die Natur der Sache begründeten, und durch die Macht der Ereignisse über jeden Einwand klar gestellten, guten Rechts, wenn es auf dem Wege der inneren Gesetzgebung jenen Landesteil derjenigen unwiderstehlichen und vollständigen Einverleibung entgegenführt, durch welche allein der Bestand des Ganzen, wie das Heil und die Wohlfahrt des Theils, dauernd verbürgt werden kann.“

In dieser Beziehung kann die Bildung einer eigenen Provinz von Hause aus nur als ein politischer Fehler bezeichnet werden.“

Dieser Ansicht sind nun eine Menge Leute hier nicht. — Sie sehen für die Provinz Posen nur ein Heil darin, wenn sie eine andere Verfassung, als die der anderen Landesteile, erhielte, da sie durch die Bildungsstufe, auf der sie steht, wie das ja in neuester Zeit noch so manigfach an den Tag getreten, durchaus nicht reif für die jetzige Verfassung sei. — Ob die Ansicht eine richtige, daß die Provinz nur mit weniger freien Institutionen zu regieren sei, wollen wir einstweilen bei Seite lassen, jedenfalls hat sie manches für sich.

Die Brochure fährt nun in ihrem Räsonnement fort: Bei der vorstehenden Organisation der Communal-Verhältnisse seien die Provinzialverbände von großer Bedeutung, sie könnten aber nur gedeihen, wenn ihr Prozeß in dem ganzen Körper flüssig bliebe. Jede Isolierung führe Reibungen herbei.

„Die Polnische Nationalität, welche in der Provinz Posen die Mehrheit bildet, strebte aber unverholen nach einer solchen Isolierung. So würde die eigene Kraft der Provinz, anstatt zur Förderung materieller und geistiger Interessen verwendet zu werden, in fruchtlosem Widerstreben verkehrt.“ — Deshalb müsse die Polnische Nationalität verschwinden, und dies könne nur durch ein Zerreissen der Provinz geschehen, um so mehr als die Verhältnisse in Preußen den Beweis liefern, wie dort das Polnische Element durch dieses Isolieren von ihren Landsleuten sich mit dem Germanismus ausgesöhnt hätten. — Ob dies in allen Theilen wahr ist, möchten wir bezweifeln, die Ereignisse des Jahres 48 sprechen vielfach dagegen.

Wenn wir nun einmal auf die Idee eingehen wollen, und die Folgen einer Theilung der Provinz näher beleuchten, so stellt sich jedem Unbefangenen sogleich die Erfahrung entgegen, daß dieser Polonismus, wie ein zerrissener Regenwurm nach den verschiedenen Theilungen im Großen, doch recht hübsch in seinen einzelnen Theilen fortgelebt hat und noch fortlebt. Durch ein Zerreissen der Provinz möchte man daher wohl schwerlich zum Ziele kommen. Es existirt aber in der Provinz eine Macht, die muss gehalten und hierdurch gebrochen werden. Das ist die kirchliche Macht, dieses belebende Prinzip bei alle den Bewegungen, die wir hier, im Österreichischen und Russischen Polen gehabt, die sich nicht scheut, Kanzel und Beichtstuhl zu missbrauchen, um den unwilligen Polen zu fanatisieren. Da theilt, weilt die kirchliche Gewalt, gibt $\frac{1}{2}$ der Diözese nach Schlesien, $\frac{1}{3}$ nach Preußen, $\frac{1}{4}$ nach der Mark, dann werdet Ihr das erreichen, was Ihr nie erreichen werdet, wenn Ihr das Land theilt und lieget doch eine vereinte priesterliche Gewalt bestehen. Im Gegentheil, Ihr brächen die Einheit der Regierung, die jetzt einheitlich die verschiedenen Bewegungen im Auge behalten, einheitlich ihnen entgegen treten kann. Der gerühmte Vortheil würde sich sehr bald in den furchtbaren Nachtheil verwandeln, da eine Regierung erst bei der anderen anstreben müßte, wie steht's bei Dir? was wirst Du für Maßregeln ergreifen? — um nur in Übereinstimmung zu handeln.

Dass ein finis Poloniae zum Heile des gemeinsamen Vaterlandes herbeigeführt werden muß (denn ein Staat im Staaate ist ein Un ding), das fühlt jeder, aber der Wege nach Rom sind gar viele. Der eine rauher, der andere ebener, der eine gedehnter, der andere kürzer. Der sicherste und bequemste aber ist jedenfalls, durch Cultur dem Polen seine starre Nationalität zu nehmen. — Schafft Handel und Handel, Industrie und Verkehr in die Provinz und Ihr werdet sehen, wie bald der Pole nicht mehr zu erkennen, wie viel Deutsche von der Liebe zum Gewinn getrieben, sich hier wieder anziedeln, wie das ganze Leben hier einen anderen Charakter annehmen würde. — Dies schnell und sicher zu erreichen, giebt's nur ein Mittel: baut Eisenbahnen.

Sollte man doch jetzt hier glauben, man lebte in einem Lande, wo Cultur und Industrie noch kein Lebenszeichen von sich gegeben, wenn man um sich sieht und wenn man hört, wie es hier zieht. Die schönsten Aecker umschließen die Stadt, in jeder anderen Gegend würden die reichsten, üppigsten Gärten schon längst entstanden sein und grünen und blühen. Hier — bringt man zum Frühjahr das Gemüse aus Schlesien — 25 Meilen weit her — ist das zu glauben? Seit 8 Tagen hat es fast unaufhörlich geschneit, die Straßen liegen voll Schnee; nun ewig kann er nicht liegen bleiben, aber hier in Posen scheint nur allein der Himmel dafür sorgen zu sollen, denn keine Hand regt sich, um ihn in Seiten hinaus zu schaffen. Wer klug ist, sieht sich bei Zeiten nach einem Kahn für die bevorstehende Überschwemmung um, das ist unser Rath.

Die Eisenbahn verkauft Billets von Stettin nach Posen, bleibt aber bei Samter im Schnee stecken und ist höchst verwundert, wie die 15 Passagiere, die mitgekommen, das Ausfahnen stellen können, doch nun zu Schlitten nach Posen befördert zu werden. — Statt dessen errietet man sich nur, ihnen das Passagiergeld von Samter bis Posen herauszuzahlen.

Der Postmeister in Samter, von dem die Reisenden nun, da sie sehen, ihrer Forderung wird Seitens der Eisenbahn nicht genügt, Extrastop verlangen, steckt die Nase zum Fenster hinaus — hu, ist das ein Wetter! und giebt keine Pferde.

Ja, so geht's hier — und mit Recht kann man sagen, das ist eine Polnische Wirtschaft.

Daher zum Finale unser Wunsch: ja recht bald Finis Poloniae!

Zur Chronik Posens. (Fortsetzung.)

Auf dem Posener Schlosse wurden die Grodgerichte abgehalten und die Grodacten aufbewahrt. Oft versammelte sich in diesem Tempel der Themis eine große Volksmenge. Denn, wenn ein Ausspruch geschah oder ein Beschluss gefaßt wurde, der den Reichstagsgesetzern nicht gefiel, so versammelte sich der ganze Adel der Posener Wojewodschaft schaarenweise im Schlosse, um Protest zu den Grodacten einzulegen.

Für die im Guhrauer Kreise Verunglückten sind ferner bei uns eingegangen:

Gesammelt durch Herrn Reg.-R. Dr. Klee 4 Rthlr. 15 Sgr.; durch Se. Excell. den Herrn Generalleutnant v. Brünneck 16 Rthlr.; Gutspächter Wandel in Karczewo 5 Rthlr.; S. I Rthlr.; M. 15 Sgr.; Geh.-Rath C. I Rthlr.; Commerzien-Rath Bielefeld 10 Rthlr.; die kleine Helene 5 Sgr., S. L. I Rthlr.; zusammen 127 Rthlr. 12 Sgr. 6 Pf. 4 Louisdor mit 2 Fr. dr.

Posen, den 22. Januar 1850.

Die Zeitungserdition von W. Decker & Comp.

As Verlobte empfehlen sich

Johanna Schlesinger.
Samuel Oberzyk.

Breslau und Posen.

Als ehrlich Verbündete empfehlen sich:

Dr. Hesse, Königl. Bataillons-Arzt.
Emilie Hesse, geb. Senftleben.
Schrimm, am 16. Januar 1850.

Bei J. J. Heine in Posen ist zu haben:

Illustrirte Soldatenpost. Ein militärisches Sonntagsblatt. Preis für einen Monat 5½ Sgr.

Sue, Eugen, Geheimnisse des Volkes, oder:

Geschichte einer Proletarier-Familie. Deutsch von Diezmann. I. Lief. Preis 5 Sgr.

Offentliche Bekanntmachung. Den unbekannten Nachlaß-Gläubigern der zu Podarzewo verstorbenen Martin und Christine Ronzschens Ehleute wird hierdurch bekannt gemacht:

dass die Theilung des Nachlasses bevorsteht, mit der Aufforderung, binnen drei Monaten ihre Ansprüche anzumelden, widrigfalls sie damit nach §. 137. und folg. Th. I. Tit. 17. Allg. Landrechts an jeden einzelnen Miterben nach Verhältniß seines Erbanteils werden verwiesen werden.

Schroda, den 8. Januar 1850.
Königl. Kreis-Gericht. II. Abtheilung.

Der auf den 23. Januar e. zum Verkauf eines Mahagoni-Flügels und Mahagoni-Sophia's anberaumte Termin wird aufgehoben und ein anderweitiger Termin zu demselben Zwecke auf den 30. e. um 11 Uhr an der Gerichtsstelle Sapiehylas anberaumt.

Lewandowski, Commiss.

Auf den Fürstlich von Habsfeldtschen Gütern zu Bojanowo findet ein mit guter Schulbildung versehener junger Mann als Wirtschafts-Pensionair Engagement. Das Nähere beim Wirtschafts-Inspektor Kuhnke daselbst.

Verkauf einer Apotheke.

Eine privilegierte Apotheke mit einem Medizinal-

Geschäft soll unter vortheilhaftem Bedingungen verkaufen. Oft auch, zumal beim Tode der Poln. Monarchen, wurde eine große Menge Bürger der Kalischer und Posener Wojewodschaft auf's Schloß bestiegen, und dann vermochte das Schloß die Menge der Ehelinge nicht zu fassen. Es pflegten hier auch Scenen des Mutwillens und des Schandens stattzufinden. Nach dem alten Poln. Recht wurden nämlich die im Zanke oder auf Streifzügen Erschlagenen zur Obduction auf die Grodgerichte gebracht und die Leichname in einem offenen Saale eine Zeit lang zur Schau ausgestellt. Das Posener Grod war von allen Großpolnischen das angesehenste; an der Spize stand der General von Grosspolen, welcher im Schloß residirte, wo er seinen Stellvertreter oder seinen Richter, Schreiber, Actuarius, Viceactuarius und andere ziemlich zahlreiche Beamte hatte. Junge Leute bereiteten sich in diesen Distanzen zu Beamten vor und wurden Praticantien genannt; über diese und über die Kanzlei hatte ein Actuar die Aufsicht. Die Posener Grodacten mußte man nach den Schwedischen Kriegen, da das Schloß ruinirt war, anderswohin bringen. Zuerst wollte man sie auf dem Rathause unterbringen, da sich aber auch an diesem Beschädigungen vorsanden, so legte man sie in dem massiven Gebäude der Benedictiner in der heutigen Pfarrstraße nieder. 1711 wurde jedoch im Schlosse ein Local zum Archiv eingerichtet und nun brachte man die Grodacten und die Kanzlei dorthin zurück. — Neben der Sicherheit des Schlosses und über die Unverschämtheit des Grodarchivs wachte der Burggraf des Schlosses, der zur Verwaltung einer bestimmten Anzahl der Burggrafen des Schlosses hatte und der in gewisser Beziehung Polizeidirector der Stadt war. Zu seinen Verpflichtungen gehörte es, bei Ereissen einzuschreiten, welche der Adel oder auch das unter seiner Jurisdiction stehende Volk verübte; eben so war es seine Pflicht, mit seinen Leuten dem Magistrat zu Hülfe zu eilen, so oft er herbeigerufen wurde. — Etwa 100 Schritt vom Schloß stand ein Thurm, der heute in ein Wohnhaus verwandelt ist, in dem ehemals bis zum richterlichen Spruch der Adel inhaftirt wurde. — Auf dem Schloßplatz enthauptete man die nach dem Spruch des Grods zum Tode verurtheilten Verbrecher, namentlich vom Adelstande.

Nach dem oben erwähnten Lustrations- oder Revisionsprotokoll vom Jahre 1565 hatte das Schloß folgende Beamte und Dienstleute: Den Actenschreiber; dieser bezog von Beschreibungen, von Extracten, Behändigungsschreiben, Kauf- und Verkaufsverträgen eine Einnahme von 12 Gr., für diese Kosten hatte er die Documente aufzubewahren und das Pergament zu liefern; ein anderes Salar hatte er nicht. Der Provinzschreiber erhielt 5 fl., ein Markthelfer 2 fl., ein zweiter 1 fl. 18 gr. und beide zu Tuch auf 1 Jahr vierjährlich 1 fl. 18 gr., der Koch 1 fl. 18 gr., der Bote 1 fl. 18 gr., der Messer und der Schleifer à 1 fl. 18 gr. Beamte und Dienerschaft, welche zu dieser Zeit (1565) nicht mehr bestanden, aber ehemals nötig waren: ein Grodrichter, der ein gewisses Gehalt von 1 fl. 18 gr. bezog, ein Dienst zur Aufsicht über die Arbeit bezog auf's Quartal 3 fl., 4 Führer mit 1 fl. 18 gr. pro Quartal jeder. Summa der jährl. Ausgaben für die Dienerschaft des Schlosses 111 fl. 14 gr. Das Bischofliche Schloß. In den ersten Jahrhunderten der Verbreitung des Christenthums in Polen war das Wohngebäude der Posener Bischöfe aller Wahrscheinlichkeit nach nur von Holz; aber im 13. Jahrh., als W. Odontec und seine Söhne Przemyslaw und Boleslaw, Fürsten von Grosspolen, den Posener Bischofsstuhl mit freigebiger Hand ausstatteten, erbauten die Bischöfe sich ein massives Schloß; dieses hielt jedoch, durch Überschwemmungen und Feuersbrünste beschädigt, nur bis zum 15. Jahrh. vor. Der Bischof Andreas von Bnin, der die Diözese von 1439—79 verwaltete und Grosspolen mit vielen prächtigen Kirchen und anderen Gebäuden schmückte, ließ das Schloß seiner Vorgänger niederrreißen und an seine Stelle ein größeres und prächtigeres aus Ziegeln erbauen. Bischof J. Lubrański erweiterte und verschönerte es durch die Bildnisse seiner Vorfahren. Als Andr. Czarnowksi um die Mitte des 16. Jahrh. den Bischofsstuhl inne hatte, ließ er das Schloß auf seine Kosten umbauen und um dasselbe einen Italienischen Garten anlegen. Mehrere Jahrzehnte später mußte das Schloß auf's Neue 1595 unter dem Bischof L. Koscielski restaurirt werden. Diese Restauration war gewiß sehr bedeutend, da das Domkapitel in denselben Jahre verordnet, dem Bischof möge für den Aufbau und die Verschönerung des Bischoflichen Schlosses öffentlich gedankt werden. 1631 erneuerte es abermals der damalige Bischof Lubrański. Zur Zeit der Schwedenkriege und der Pest, welche in Posen gräßlich wütete, stand das Bischofliche Schloß verlassen da, eine Beute der Habsucht des gemeinen Volkes, welches aus ihm sämmtliches Eisenzeug und anderes Metall und sogar das Blei von den Fenstern stahl. Eine 1664 veranstaltete Revision bestätigt dessen Devastirung. Neben demselben befanden sich eine Menge anderer Gebäude, wie das sogen. Grodhaus, die Schatzkammer, Küche, Bäckerei, der Wagenschuppen, Pferdestall und Speicher. Als Stephan Wierzbowski die Verwaltung der Diözese übernahm, ließ er

zunächst die Reparatur des Bischoflichen Schlosses vornehmen und zwar mit nicht geringen Kosten. (Fortsetzung folgt.)

Personal-Chronik.

Posen, den 22. Jan. (Amtsbl. Nro. 4.) Im Geschäftsbereiche der Provinzial-Steuer-Verwaltung zu Posen ist der berittene Steuerauss. Eder zu Chodziezien zum Steuereinn. in Gostyn, H.-A.-Bez. Lissa; und der Steuerausschiff. Trzemeski zu Kempen zum Controleur beim H.-Z.-A. in Strzelkowo befördert; der Controleur beim H.-Z.-A. in Strzelkowo v. Kurnatowski ist in gl. Eigenschaft zum H.-St.-A. in Chodziezien; der Ober-Steuerkontrolleur Kantelberg in Jarocin in gl. Eigenschaft nach Mogilno; der Ober-Grenzkontrolleur Löwe zu Neurode, Provinz Schlesien, als Ober-Steuerkontrolleur nach Jarocin vers.; der Steuernehmer, Ober-Steuerkontrolleur Wilke in Schwerin, H.-St.-Bez. Meseritz, ist pensionirt.

Berath. Redakteur: E. G. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 22. Januar.

Hôtel de Rome: Landwirths Gebr. Hildebrandt u. Brennerei-Insp. Bussi a. Dakow; die Kauf. Thomasz a. Breslau; Göde a. Berlin; Wanders a. Tresfeld u. Friedländer a. Berlin; Oberförster Nensch a. Rieck; Kfm. Schilling a. Schönlanke.
Hôtel de Baviere: Landrat v. Haga a. Samter; die Gutsb. Baron v. Seydlitz a. Rabitz; v. Kurnatowski a. Pożarow; Baron v. Bniński a. Biedzdrow u. Hoffmann a. Tarnow; Arzt Dr. Löwenthal u. Oberförster Hermann a. Samozyn; die Kauf. Schröder a. Berlin; Goldstein a. Danzig; J. Friedlander a. Friedländer a. Bromberg-Bazar; die Gutsb. Kaminski a. Przystanti u. Nieswiastowski a. Skupia.
Hôtel à la ville de Rome: Gen. Bevollm. Schmidt a. Neudorf; Gutsb. Łakomicki a. Machen.
Hôtel de Paris: Die Gutsb. J. Automski a. Portkatti u. L. Bryzski a. Jabłkowo; Kfm. F. Bielski a. Göttin
Hôtel de Berlin: Schäferei-Direktor Heyne a. Wintersdorf; die Gutsb. v. Kurowski u. v. Twardowski a. Kemna u. Baron v. Bishof a. Mur. Gostlin; Gutsb. Plewlowicz a. Radlow; Births-Insps. Plackowski a. Samter.
Im Eichhorn: Biebhändler Schwandt a. Neu-Dessau; die Kauf. Wertheim u. Kriestler a. Wollstein; Ehrenfried a. Wreschen u. Markus a. Miloslaw; Eigentl. Reckl a. Orlaczkowo.
Im Eichenstranz: Kfm. Reinhardt a. Berlin.

Berliner Börse.

Den 21. Januar 1850.

| | Zins | Brief | Geld |
|---|------|-------|------|
| Preussische freiw. Anleihe. | 5 | 107½ | 106½ |
| Staats-Schuldseckine. | 3½ | 88½ | 88 |
| Seehandlungs-Prämien-Scheine. | — | 104 | — |
| Kur.-u. Neumärkische Schuldsversch. | 3½ | — | — |
| Berliner Stadt-Obligationen. | 5 | 105 | 104½ |
| Westpreussische Pfandbriefe. | 3½ | 90 | 90½ |
| Grossh. Posener | 4 | — | — |
| Ostpreussische | 3½ | 91 | 90½ |
| Pommersche | 3½ | 96 | 95½ |
| Kur.-u. Neumärk. | 3½ | 95 | 95½ |
| Schlesische | 3½ | — | 94½ |
| v. Staat garant. L. B. | 3½ | — | — |
| Preuss. Bank-Antheil-Scheine | — | 94 | — |
| Friedrichsd'or. | — | 13½ | 13½ |
| Andere Goldmünzen à 5 Rthlr. | — | 12½ | 12½ |
| Disconto. | — | — | — |
| Eisenbahn-Aktion (voll. eingez.) | | | |
| Berlin-Anhalter A. B. | 4 | — | 90 |
| Prioritäts- | 4 | — | 96 |
| Berlin-Hamburger | 4 | — | 79 |
| Prioritäts- | 4½ | 99 | 99½ |
| Berlin-Potsdam-Magdeb. | 4 | — | 65 |
| Prior. A. B. | 4 | 94 | 93½ |
| Berlin-Stettiner | 5 | 102 | — |
| Cöln-Mindener | 4 | 104 | — |
| Prioritäts- | 3½ | — | 95 |
| Magdeburg-Halberstädter | 4 | — | — |
| Niederschles.-Märkische | 3½ | — | 84 |
| Prioritäts- | 5 | — | 95 |
| III. Serie. | 5 | 103 | 103 |
| Ober-Schlesische Litt. A. | 3½ | 106 | — |
| B. | 3½ | 105 | — |
| Rheinische | — | — | 78 |
| Stadt-Prioritäts- | 4 | — | — |
| Prioritäts- | 4 | — | — |
| v. Staat garantirt. | 3½ | — | — |
| Thüringer. | 4 | 65 | — |
| Stargard-Posener | 3½ | — | 84 |

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Achte Hamburger Cigarren empfiehlt M. Cohn, Friseur, Neuerstraße 5.

Reisstroh-, Bordüren- und Rosshaar-Hüte werden zum Waschen und Modernisiren angenommen bei M. Elkan, fr. Glück,